

## 61. Sudetendeutscher Tag in Augsburg, Teil 1

# Unter ungünstigen Vorzeichen

Mit dem Katholizismus geraten auch die Vertriebenenverbände in Bedrängnis

Seit dem letztjährigen Sudetendeutschen Tag kam Bischof Mixa abhanden.....	1
Der Griff der Deutschen Bischofskonferenz nach den „Ostdiözesen“ - gedeckt durch den Heiligen Stuhl.....	1
Der „Vertriebenenbischof“ .....	4
Revisionistische Orientierung der römisch-katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland.....	5

## Seit dem letztjährigen Sudetendeutschen Tag kam Bischof Mixa abhanden

**Augsburg.** Der 61. Sudetendeutsche Tag wurde wiederum in Augsburg abgehaltenen – angeblich weil die Halle in Nürnberg repariert werden muss. Das diesjährige Treffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft fand unter ungünstigen Vorzeichen statt. Bischof Mixa, der vergangenes Jahr noch gefeiert wurde, war abhanden gekommen, schlimmer noch: er gereicht nicht mehr zur Zierde.

Mit großer Emotion beschwor Mixa letztes Jahr auf dem Sudetendeutschen Tag in Augsburg ein Europa auf Basis des christlichen Glaubens. Die Entstehung dieses Europas setzte er nicht zufällig vor 800 Jahren an, also im Mittelalter, als die Habsburger ihre Macht etablierten und das Heilige Römische Reich Deutscher Nation entstand. Bischof Walter Mixa hatte da einen großen Auftritt zusammen mit „Vertriebenenbischof“ Gerhard Pieschl, Limburg, und Pater Norbert Schlegel, Brannenburg, „Visitor der Sudetendeutschen“<sup>1</sup>, und weiteren „Heimatpriestern“.

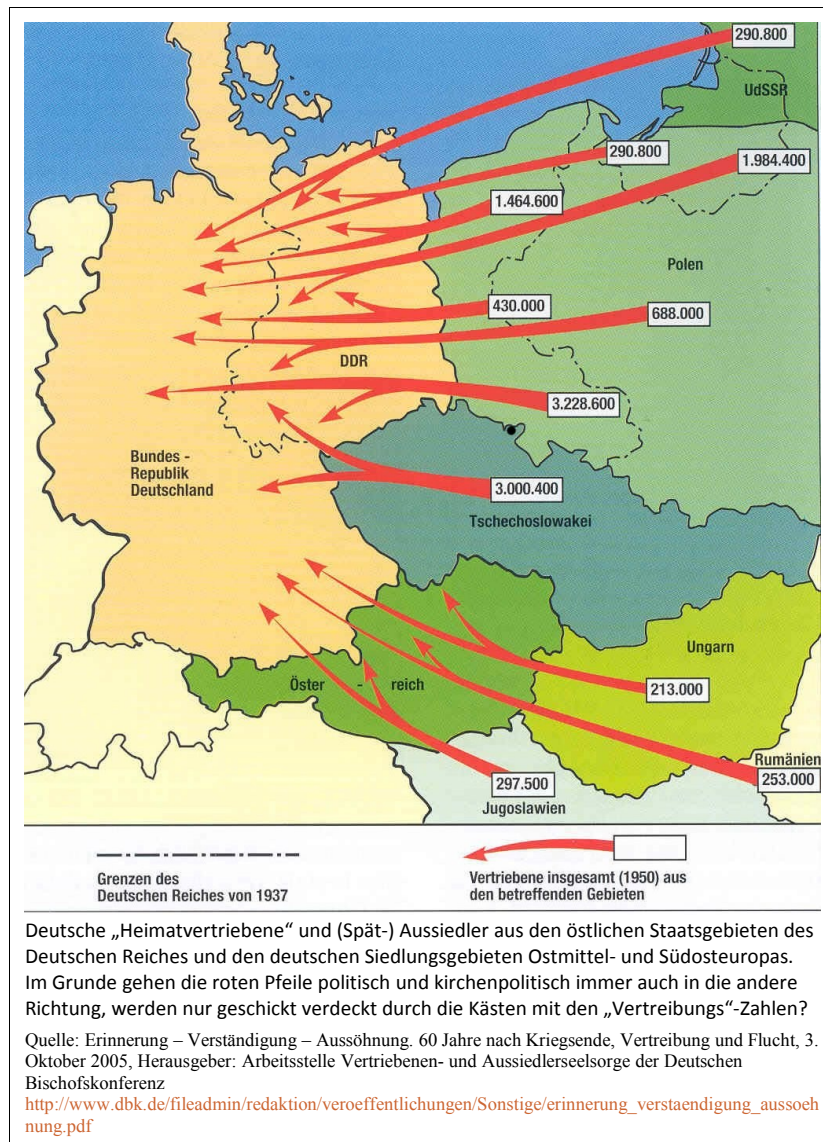
Mit *Gerhard Pieschl* und *Norbert Schlegel* befand sich Walter Mixa vergangenes Jahr in passender Gesellschaft. Als katholischer Militärbischof für Deutschland war Mixa direkt vom Papst ernannt worden. Bei der Ernennung hatte der Papst u.a. die Meinung der Deutschen Bischofskonferenz zu berücksichtigen. Gerhard Pieschl war von 1983 bis 2009 für die Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz zuständig. Seine Ernennung zum „Vertriebenenbischof“ erfolgte durch die Deutsche Bischofskonferenz, bzw. deren Vorsitzenden.

## Der Griff der Deutschen Bischofskonferenz nach den „Ostdiözesen“ – gedeckt durch den Heiligen Stuhl

Allerdings steckt auch hier der Heilige Stuhl dahinter, der nach Kriegsende „die besondere Seelsorge für die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge“ eingerichtet und Bischof Maximilian Kaller aus dem „Ermland“ persönlich zum ersten „Vertriebenenbischof“ ernannt hat. Dies war eine gewaltige Provokation für Polen, denn das Bistum Ermland umfasste gebietsmäßig den nach 1945 polnischen Teil des früheren Ostpreußen und war ursprünglich eine Eroberung des Deutschen Ordens. Der Papst versuchte nach 1945, das Bistum unter (deutscher) kirchlicher Sonderverwaltung zu halten, obwohl es unter polnische Hoheit kam.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Genauer nennt sich die Funktion „Visitor für die Seelsorge an den Sudeten- und Karpatendeutschen“

<sup>2</sup> Wikipedia schreibt: Das Bistum (Episcopatus Warmiensis) [Ermland; Red.] überstand den Wechsel von deutscher zu polnischer Hoheit nach 1945, allerdings 1946 bis 1972 unter provisorischer Verwaltung durch Vikare und apostolische Administratoren. Maximilian Kaller, letzter deutscher Bischof von Ermland, war bei der Eroberung Ostpreußens durch die sowjetische Rote Armee von den deutschen Behörden zunächst dazu gebracht worden, in den Westen zu flüchten. Auf eigene Faust kehrte er jedoch nach der Einstellung der Kampfhandlungen in seine Diözese zurück. Anschließend wurde er jedoch vom Primas von Polen Kardinal August Hlond gezwungen, sein Amt aufzugeben. Maximilian Kaller erhielt Vertriebenenstatus in der



Durch so genannte Visitatoren, entweder vom Papst direkt ernannt oder von der Deutschen Bischofskonferenz ermächtigt, hielt die katholische Kirche die Hand über die „Ostdiözesen“. Die Visitatoren hatten den Rang eines Bischofs und gehörten satzungsgemäß der Deutschen Bischofskonferenz an. Das war natürlich eine Anmaßung sondergleichen. Die „Deutsche Bischofskonferenz“ (DBK), eine *westdeutsche* Institution griff sowieso schon nach der DDR. Sie betrachtete die Bischöfe auf dem Gebiet der DDR als zur (west-) Deutschen Bischofskonferenz gehörig. Der Bischof von Berlin war offiziell auch Mitglied der Deutschen Bischofskonferenz. Darüber hinaus maßte sich die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) Zuständigkeiten für ehemalige sogenannte „deutsche Ostgebiete“ an, die sich nicht nur in seelsorgerlicher Betreuung von aus diesen Regionen „Vertriebenen“ auf dem

Gebiet der DBK erschöpfte.<sup>3</sup> Das hätten ja auch die (west)deutschen Diözesen leisten können, in

Bundesrepublik Deutschland. Im Jahre 1946 wurde er von Papst Pius XII. zum Bischof mit speziellen Vollmachten für die Seelsorge der Heimatvertriebenen ernannt. <http://de.wikipedia.org/wiki/Ermland>

<sup>3</sup> Zur Fuldaer Bischofskonferenz gehörte die Kirchenprovinz Breslau, und in ihr waren Mitglieder die Bischöfe von Berlin, Breslau und Ermland, der Freien Prälatur Schneidemühl sowie der Großdechant der Grafschaft Glatz und der Generalvikar des Distriktes Branitz-Leobschütz.

Im Zuge der „Neuordnung der Ostdiözesen“ wurden für die in der Bundesrepublik lebenden Priester und Gläubigen aus Breslau, Ermland und Schneidemühl vom Heiligen Stuhl Apostolische Visitatoren ernannt, die Deutsche Bischofskonferenz ernannte Kanonische Visitatoren für Branitz und Glatz. Alle behielten die volle Mitgliedschaft in der Deutschen Bischofskonferenz. Die Apostolischen und Kanonischen Visitatoren werden in Ausübung ihres Amtes von Priester- und Laiengremien beraten.

Weil das Gebiet Danzig außerhalb des Reichskonkordates lag, ist der Apostolische Visitator für Danzig, wie auch die anderen von der Deutschen Bischofskonferenz ernannten Beauftragten für die nichtkonkordatären Gebiete (Sudetendeutsche, Russlanddeutsche etc.), nicht Mitglied der Deutschen Bischofskonferenz.

1984/85, nach einer Änderung des Statuts der Deutschen Bischofskonferenz gehörten die Apostolischen und Kanonischen Visitatoren zwar weiterhin der Deutschen Bischofskonferenz an, allerdings ohne Stimmrecht. 1998 wurde seitens des Heiligen Stuhls entschieden, dass die Mitgliedschaft der Apostolischen und Kanonischen Visitatoren in der DBK erlischt. Die Bischofskonferenz war vor die Aufgabe gestellt, die Katholische Vertriebenenseelsorge insgesamt neu zu ordnen.

aus: *Kirche und Heimat – Die katholische Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge in Deutschland*  
[http://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/veroeffentlichungen/arbeitshilfen/AH\\_146.PDF](http://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/veroeffentlichungen/arbeitshilfen/AH_146.PDF)

denen diese Leute aus dem Osten landeten. Die Zuständigkeiten der DBK reichten schon bis in diese Ostgebiete hinein. Diesen Anspruch leitete die DBK weitgehend aus dem Reichskonkordat von 1933<sup>4</sup> und den damaligen Grenzen des Deutschen Reiches ab. Die Kirche beanspruchte also das sogenannte Konkordatsgebiet<sup>5</sup>.

Erst 1998 entschied der Heilige Stuhl, dass die Mitgliedschaft der Visitatoren in der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) erlischt. Die Funktionen der apostolischen (vom Papst ernannten) und kanonischen (von der DBK ernannten) Visitatoren für das „Konkordatsgebiet“ von 1933 bestehen aber weiterhin.<sup>6</sup> Schlimm genug ist es, dass sich die DBK und der Heilige Stuhl immer noch auf das Reichskonkordat berufen, mit dessen Unterzeichnung am 20.7.1933 durch Papst Pius XI. der Vatikan den Nationalsozialismus formell anerkannte. Extrem schlimm ist, dass sich die DBK auch für Gebiete außerhalb der „Gültigkeit“ des Konkordats zuständig fühlt, so z.B. für das „Sudetenland“ oder „Russlanddeutsche“ aus Kasachstan etc. Hier trifft sich die Absicht des Heiligen Stuhls nach

---

Die altdeutschen geografischen Bezeichnungen in dem Zitat aus der Kirchenbroschüre sind eine notorische, großdeutsche Anmaßung, die hier kurz richtiggestellt werden soll.

Breslau, unter Hitler Hauptstadt des neuen Reichsgau Nieder- und Mittelschlesien, ist heute die viertgrößte Stadt Polens mit Namen *Wroclaw*, im Westen des Landes gelegen. Das Gebiet Ermland nennt sich eigentlich schon immer *Warmia*. (näheres hierzu s. Fußnote 2) Schneidemühl ist die Stadt *Pila* im Nordosten Polens, die schon durch den Versailler Vertrag zu Polen kam, 1938 von den Nazis besetzt und 1945 von der Roten Armee befreit wurde. Die Stadt Branitz kam 1945 wie der größte Teil Schlesiens zu Polen und heißt seitdem *Branice*, im Südwesten gelegen. Glatz ist die Stadt *Klodzko* im Südwesten Polens, die Grafschaft Glatz ist heute das polnische *Ziemia Klodzka*. Leobschütz war ein preußisch-deutscher Landkreis und ist auch eine südwestpolnische Stadt mit Namen *Głubczyce*.

<sup>4</sup> Als Reichskonkordat wird der am 20. Juli 1933 zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich geschlossene Staatskirchenvertrag bezeichnet. In ihm wurde das Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und der römisch-katholischen Kirche geregelt. Es wird auch heute noch für die Bundesrepublik Deutschland als gültig betrachtet.

<sup>5</sup> zum Gebiet, das das Deutsche Reich bei Abschluss Reichskonkordats 1933 umfasste, s. etwa die Karte [http://www.pantel-web.de/bw\\_mirror/maps/d1944.jpg](http://www.pantel-web.de/bw_mirror/maps/d1944.jpg)

<sup>6</sup> Formell sind die Visitatoren für die überdiözesane Seelsorge an den in Deutschland lebenden Gläubigen und Priestern der verschiedenen Herkunftsbereiche der Umgesiedelten verantwortlich. Die Visitatoren sind also neben dem beauftragten „Vertriebenenbischof“ die wichtigsten Agenten in der Flüchtlings-, Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge und werden von der Deutschen Bischofskonferenz, beziehungsweise deren Vorsitzendem ernannt. Die Liste der Visitatoren aus dem Jahre 2005 sah zum Beispiel so aus:

Weihbischof Gerhard Pieschl, Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für die Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge und Visitator für Russlanddeutsche

Prälat Johannes Bieler, Visitator Danzig

Geistlicher Rat Berthold Grabs, Visitator Schneidemühl

Apostolischer Protonotar Dr. Wolfgang Grocholl, Visitator Branitz

Apostolischer Protonotar Franz Jung, Visitator Glatz

Apostolischer Protonotar Winfried König, Visitator Breslau

Geistlicher Rat Johann Kotschner, Visitator für Karpatendeutsche

Monsignore Dr. Lothar Schlegel, Visitator Ermland

Pater Norbert Schlegel O.Praem., Visitator für Sudetendeutsche

Erzbischöflicher Geistlicher Rat Andreas Straub, Visitator für Donauschwaben

Zuständigkeitsbereich ist das Gebiet der Deutschen Bischofskonferenz

### **Ordentliche oder permanente Visitatoren**

Daneben gibt es permanente Apostolische und Kanonische Visitatoren, die einen bischofsähnlichen Rang einnehmen. Diese wurden bisher für die seelsorgliche Betreuung von Gläubigen in totalitären Staaten eingesetzt, in denen einem Bischof die Tätigkeit vor Ort versagt blieb. Außerdem wurden Apostolische Visitatoren in den ehemaligen Ostblockstaaten anstelle eines Ortsordinarius eingesetzt, weil die Katholische Kirche keine Konflikte mit der Orthodoxie riskieren wollte. Die orthodoxen Kirchen beanspruchen nämlich immer das gesamte Gebiet eines Staates als kanonisches Territorium.

Ähnliches gilt für deutschen Apostolischen Visitatoren, deren Aufgabe die Koordinierung der Seelsorge an den Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten darstellt. So gibt es den Visitator Breslau, den Visitator Ermland, den Visitator Grafschaft Glatz und den Visitator Schneidemühl. *nach*



Vertriebenenbischof Gerhard Pieschl: „Ich sehe aber eine weitere Aufgabe auf die Vertriebenenseelsorge zukommen: Es ist die Beschäftigung mit der Vertreibung in den Vertreiberländern.

Kardinal Ratzinger hat in seiner Predigt auf dem 30. Sudetendeutschen Tag in München 1979 darauf hingewiesen, dass die Vertriebenenseelsorge notwendiger Weise anecken wird. Es gehöre zu ihren Aufgaben, das Unrecht der Vertreibung zu benennen, auch und gerade dann, wenn die Weltöffentlichkeit aus vielen Gründen es nicht hören wolle, ja eher dazu dränge, dieses Unrecht zu verschweigen, und auch

Wohlgesinnte meinen, dass man um der Versöhnung willen nicht mehr davon sprechen solle. Aber eine Liebe, die den Verzicht auf die Wahrheit voraussetzt, ist keine wahre Liebe. Sie hätte ein schlechtes Fundament. Aus der Psychologie wissen wir, dass Verschwiegendes und Verdrängtes im Menschen weiter wirkt und, wenn es keinen Ausweg findet, zur Vergiftung von innen her wird.

Was im Leben des Einzelnen gilt, das gilt auch für die Völker: Unterdrückte Wahrheiten werden zu gefährlichen Mächten.“ zitiert nach Pieschls Buch „Vergesst vor allem nicht die Armen und Kranken, die Heimatlosen und Fremden“, a.a.O. s. Fußnote 7

Bild: Der Limburger Weihbischof Gerhard Pieschl auf dem Kreuzfest 2008 in Geisenheim

Bildurheber: [Moguntiner](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Weihbischofpieschl.jpg&filetimestamp=20080915103456), Quelle: <http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Weihbischofpieschl.jpg&filetimestamp=20080915103456> Diese Datei ist unter der Creative Commons-Lizenz Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Unported lizenziert.

„seelsorglicher Betreuung von Gläubigen in totalitären Staaten“ (s. Fußnote 6), notfalls auch *gegen* die dort bestehenden kirchlichen Strukturen, mit der Absicht der DBK, die Ansprüche und Einflüsse der Vertriebenenverbände in diesen Gebieten zu stützen und zu nutzen.

## Der „Vertriebenenbischof“

Wie gesagt, Bischof Mixa hatte vergangenes Jahr noch einen großen Auftritt auf dem Sudetendeutschen Tag in Augsburg zusammen mit dem bis 2009 amtierenden

„Vertriebenenbischof“ Gerhard Pieschl. Seit Januar 1983 war Pieschl, Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für die katholische Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge. Als Vertriebenenbischof war er Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Aussiedler“ sowie Vorsitzender der Arbeitsgruppe

„Vertriebenenseelsorge“ der DBK. Pieschl koordinierte auch die Arbeit der Kanonischen und

Apostolischen Visitatoren für die Gläubigen aus den Diözesen der ehemaligen deutschen Ostgebiete.

Von 1968 bis 1977 war Pieschl Militärpfarrer, ab 1. Juni 1968 zunächst als Leitender Divisionspfarrer der 5. Panzerdivision Diez/Lahn, danach Militärdekan an der Schule Innere Führung der Bundeswehr Koblenz, insbesondere verantwortlich für den Bereich Politische Bildung und Ethische Bindung.

Gerhard Pieschl war langjähriger Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für die Polizeiseelsorge. Pieschl schrieb selbst: „Im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz war ich Vertriebenenbischof und dann Polizeibischof. Also bei der Polizei war ich goldrichtig. Das lag ja nahe, bei meiner Erziehung und von meinem Charakter her: Mein Vater war Offizier, bei uns zu Hause ging es auch schon mal zu wie ein einer Kadettenanstalt...“<sup>7</sup>

Es war aber nicht nur eine wohl gemeinsame Affinität zum Militärischen, die den deutschen Vertriebenenbischof und Polizeibischof Pieschl mit dem deutschen Militärbischof Mixa verband. Handfeste Grundlage für das Amt und das Walten des Militärbischofs Mixa war ebenfalls das Reichskonkordat von 1933.<sup>8</sup>

<http://de.wikipedia.org/wiki/Visitor>

<sup>7</sup> zitiert nach dem Buch „Vergesst vor allem nicht die Armen und Kranken, die Heimatlosen und Fremden“: *Vertreibung – Aufnahme – Heimatsuche. Eindrücke, Erfahrungen, Aufgaben eines Vertriebenenseelsorgers* von Gerhard Pieschl und Rainer Bendel, Lit Verlag (broschiert – 22. Januar 2009), zitiert nach [books.google.de](http://books.google.de)

<sup>8</sup> Reichskonkordat vom 20. Juli 1933 zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich, ARTIKEL 27 Der Deutschen Reichswehr wird für die zu ihr gehörenden katholischen Offiziere, Beamten und Mannschaften sowie deren Familien eine exemte Seelsorge [aus der Kirchengliederung herausgelöste Militärseelsorge; Red.] zugestanden. Die Leitung der Militärseelsorge obliegt dem Armeebischof. Seine kirchliche Ernennung erfolgt durch den Heiligen Stuhl, nachdem letzterer sich mit der Reichsregierung in Verbindung gesetzt hat, um im Einvernehmen mit ihr eine geeignete Persönlichkeit zu bestimmen. Die kirchliche Ernennung der Militärpfarrer

Wie der Vertriebenenbischof Pieschl darlegte, war Benedikt XVI. schon als Kardinal voll auf der Seite der Sudetendeutschen. So hat Ratzinger auf dem Sudetendeutschen Tag in München 1979 indirekt gedroht, wenn man die „Vertreibung“ nicht als „Unrecht“ brandmarke, die „Wahrheit“ also unterdrücke, könne es gefährlich werden. Es gelte auch für die Völker: „Unterdrückte Wahrheiten werden zu gefährlichen Mächten.“ (s. Kasten auf S. 4)

## Revisionistische Orientierung der römisch-katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland

Als Ratzinger 1979 so in München dröhnte, waren die so genannten Ostverträge allerdings schon längst unter Dach und Fach – sie wurden im Zeitraum vom 1963-1973 geschlossen. Die katholische Kirche konnte diese Verträge nicht einfach ignorieren und die Position der Vertriebenenverbände hochhalten. Insbesondere der Warschauer Vertrag mit Polen von 1970 brachte die westdeutsche katholische Spitze in Bedrängnis, da sie bis zu diesem Zeitpunkt eisern an ihren Forderungen nach Grenzrevision festhielt und sowohl die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als auch die Errichtung regulärer polnischer Kirchenstrukturen in den Oder-Neiße-Diözesen ablehnte. Die westdeutsche katholische Kirchenleitung wurde einerseits von katholischen Kreisen in Polen und der polnischen Regierung, andererseits von den Deutschen Vertriebenenverbänden scharf kritisiert. Auch die Taktik, sich nach Abschluss des Warschauer Vertrages über das Thema auszuschweigen, wurde der westdeutschen Kirche übel genommen.<sup>9</sup>

Robert Zurek, stellvertretender Direktor des Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften, stellte fest, dass „der deutsche Katholizismus“ sich erst durch harte Fakten zu „Perspektiven einer Verständigung“ gezwungen sah: „Perspektiven einer Verständigung, die allerdings erst wirksam werden konnten, nachdem von politischer Seite durch den Abschluss des deutsch-polnischen Vertrags und seitens des Vatikans durch die Neuregelung der Bistumsgrenzen Fakten geschaffen waren, an denen der deutsche Katholizismus nicht mehr vorbeisehen konnte.“<sup>10</sup>

In den achtziger Jahren, während der Amtszeit des (west)deutschen Vertriebenenbischofs Gerhard Pieschl, sah sich die katholische Kirche in der BRD schwerer Vorwürfe aus Polen ausgesetzt. In seinem schon erwähnten Buch beklagt der Vertriebenenbischof massive Angriffe aus polnischen Publikationen: „Der massivst Angriff kam meines Wissens 1984 und 1985 aus Polen, ... in der

---

und sonstigen Militärgeistlichen erfolgt nach vorgängigem Benehmen mit der zuständigen Reichsbehörde durch den Armeebischof. Letzterer kann nur solche Geistliche ernennen, die von ihrem zuständigen Diözesanbischof die Erlaubnis zum Eintritt in die Militärseelsorge und ein entsprechendes Eignungszeugnis erhalten haben. Die Militärgeistlichen haben für die ihnen zugewiesenen Truppen und Heeresangehörigen Pfarrechte. Die näheren Bestimmungen über die Organisation der katholischen Heeresseelsorge erfolgen durch ein Apostolisches Breve. Die Regelung der beamtenrechtlichen Verhältnisse erfolgt durch die Reichsregierung. *zitiert nach* <http://kulturserver-hessen.de/home/zeitzeichen/konkodat.htm>

<sup>9</sup> Das Tauziehen um den Warschauer Vertrag und seine Ratifizierung veranlasste mehrere führende ZNAK-Publizisten [eine katholische polnische Laien-Organisation der Jahre 1956 bis 1976; Red.] zur erneuten Auseinandersetzung mit der Haltung der westdeutschen Kirche. Bereits Anfang 1970 äußerte sich Jerzy Turowicz auf einer Session der Nationalen Einheitsfront zu dem Problem der immer noch unregulierten Kirchenverhältnisse in den Oder-Neiße-Gebieten und schob die Verantwortung dafür der deutschen Kirche zu: Bei deren Vertretern schienen die »engen Traditionen des deutschen Nationalismus und politisch-konjunkturelle Gesichtspunkte über den Interessen der internationalen Gerechtigkeit und dem Wohlergehen der Katholischen Kirche« zu stehen. Seine Meinung wiederholte Turowicz zwei Jahre später in einem Leitartikel des Tygodnik Powszechny in dem er die Haltung der CDU, des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und vor allem des deutschen Episkopats gegenüber Polen und speziell dem Warschauer Vertrag kritisierte. Scharf wandte er sich gegen das Argument der deutschen Bischöfe, die Kirche dürfe sich in politische Angelegenheiten nicht einmischen. Diese Begründung überzeuge nicht, denn »es gibt Situationen, in denen politische Entscheidungen eine solch deutliche moralische Dimension haben, dass die Rede über die Nichteinmischung ihre Glaubwürdigkeit verliert.

aus: *Die Rolle der katholischen Kirche Polens bei der deutsch-polnischen Aussöhnung 1966-1972*, Robert Zurek, Archiv für Sozialgeschichte 45, 2005, Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Verbindung mit dem Institut für Sozialgeschichte e.V. Braunschweig - Bonn <http://library.fes.de/pdf-files/netzquelle/x-01095/2005-zurek.pdf>

<sup>10</sup> Robert Zurek, Die Rolle der katholischen Kirche... a.a.O.



„Das diesjährige Treffen von Personen, die vom tschechoslowakischen Grenzland überstellt wurden, und ihrer Nachkommen der zweiten und dritten Generation, die sich noch immer ‚Sudetendeutsche‘ nennen, war wiederum Gelegenheit nicht nur für ein Treffen der Landsmannschaften, sondern auch für die vom Geiste der Revanche durchdrungene Erklärung von Forderungen.“  
(Text 1) So lautete ein Kommentar in der tschechoslowakischen Presse zum Sudetendeutschen Tag 1986 in München. Im Grunde könnte dieser Text auch für den diesjährigen Sudetendeutschen Tag in Augsburg gelten, nur dass inzwischen Tausende und nicht Zehntausende gezählt werden. Die tschechische Presse sieht das heutzutage aber ganz anders als damals. Ein gewisser Bernd Rudolf schreibt in der Prager Zeitung:

„Obwohl beide Länder auf wirtschaftlicher, kultureller und regionaler Ebene bereits ein gutes Verhältnis pflegen, standen guten politischen Beziehungen stets die Beneš-Dekrete im Wege.“

Deutet man die Aussagen von Vertretern der Sudetendeutschen Landsmannschaft, verlieren nun auch diese immer mehr an Bedeutung. Zwar wurde am Wochenende wieder einmal deren Aufhebung gefordert, doch die Töne waren im Vergleich zu den Vorjahren wesentlich leiser.

Auch in Tschechien geht man zunehmend entspannter mit der Sudetendeutschen-Problematik um. Vor den Parlamentswahlen Ende Mai wurde darüber kein Wort verloren. Und die Medien, die in den vergangenen Jahren regelmäßig zu Pfingsten das Gespenst der ‚bösen Sudetendeutschen‘ aufleben ließen, hielten sich in diesem Jahr sehr zurück und berichteten nur kurz darüber – wobei stets der angekündigte Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten im Vordergrund stand.

Das Verhältnis zwischen Bayern beziehungsweise der Sudetendeutschen Landsmannschaft und Tschechien ist auf dem besten Wege sich zu normalisieren. Maßgeblich zur Entspannung beigetragen haben nicht die Politiker, sondern die Menschen selbst, auch viele Sudetendeutsche. Dass ein Ministerpräsident des Freistaats Bayern nun die Tschechische Republik besuchen will, ist eigentlich nur eine logische Schlussfolgerung.“  
(Text 2)

Das Tschechien-Portal schreibt über die tschechische Medienlandschaft: „Viele deutsche Verlage haben in tschechische Tageszeitungen investiert, und so wird immer wieder das Menetekel der tschechischen Presse in deutscher Hand an die Wand gemalt. Wird die tschechische Presse zum Sprachrohr der sudetendeutschen Landsmannschaft? Tatsächlich gab es Auseinandersetzungen zwischen Belegschaft und Unternehmensführung bei deutschen Unternehmen - aber dabei ging es um Arbeitszeiten, Gehälter usw. Es ist bislang kein Fall verlegerischer Einflussnahme auf redaktionelle Inhalte gegen den Willen der Redaktionen bekannt...“ (Text 3)

Die Prager Zeitung über ihren Redakteur: „Bernd Rudolf, Wirtschaft/ Tourismus. Studium der Politikwissenschaften in Bamberg. Volontariat beim Franken-Fernsehen (Erlangen). Redakteur bei der CLT-UFA im Bereich Business-TV. Gebürtiger Franke sudetendeutscher Abstammung. [wirtschaft\(at\)pragerzeitung.cz](mailto:wirtschaft(at)pragerzeitung.cz)“ (Text 4)

Bild Hauptkundgebung des Sudetendeutschen Tages in Augsburg 2010: [http://www.sudeten.de/cms/st/?Presse\\_%2F\\_Reden:Impressionen:Hauptkundgebung](http://www.sudeten.de/cms/st/?Presse_%2F_Reden:Impressionen:Hauptkundgebung), eigene Bearbeitung

Text 1 nach: Entfremdung, Sprachlosigkeit, Aussöhnung? von Michaela Witte, Norderstedt 2002, <http://books.google.de>, Text 2 Prager Zeitung vom 26.5.2010, Text 3 Tschechien-Portal Text 4 [http://www.pragerzeitung.cz/?c\\_id=75](http://www.pragerzeitung.cz/?c_id=75)

Zeitschrift „Nowe drogi“, die von der ‚Revisionistischen Orientierung der römisch-katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland‘ spricht. Als Beleg für die dort genannten Behauptungen wird die Existenz der Vertriebenenseelsorge angeführt, die trotz der Neuregelungen der Diözesangrenzen von 1972 durch den Heiligen Stuhl weiter existierte.“<sup>11</sup>

In *Sieben Punkte zur Vertriebenenseelsorge* konterte die Deutsche Bischofskonferenz am 24. Juli 1984 die Vorwürfe der polnischen Regierung. Darin stellte die DBK ausdrücklich fest, dass sie „die besondere Seelsorge für Heimatvertriebene und Flüchtlinge“ weiterhin für geboten halte. Die Heimatvertriebenen könnten nicht als Revanchisten bezeichnet werden, da sie schon in der Charta der Heimatvertriebenen von 1950 auf Rache verzichtet hätten.<sup>12</sup> Die „historische Wahrheit und Gerechtigkeit“ verböten es allerdings auch, die „Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat“ heute als „Umsiedlung“ zu bezeichnen. Bezüglich der „Dauerhaftigkeit der polnischen Grenzen“ stellte die DBK in dieser Erklärung fest, „dass Regelungen und Grenzgarantien nicht in die Kompetenz einer Bischofskonferenz fallen“.<sup>13</sup>

Wird fortgesetzt

*Peter Feininger*

---

<sup>11</sup> Kapitel 9: Vertriebenen Seelsorge im Gegenwind, in: Gerhard Pieschl: „*Vergesst vor allem nicht die Armen und Kranken...*“ a.a.O.

<sup>12</sup> zu diesem verlogenen Argument später in einem Folgeartikel

<sup>13</sup> nach Pieschls Buch „*Vergesst vor allem nicht die Armen und Kranken...*“, Kap. 9, a.a.O.